

**Grußbotschaft des AK Flüchtlinge der Internationalen Ärzte und Ärztinnen zur
Verhinderung eines Atomkrieges (IPPNW)
zu den landesweiten Mahnwachen in Mecklenburg-Vorpommern am 14.1.2017**

Viele Ärztinnen und Ärzte sowie andere Berufsgruppen im Gesundheitswesen unterstützen Geflüchtete auf dem Weg der Integration in ihrem Zufluchtsland. Wir wissen, dass viele dieser Menschen nach all den Mühen und Strapazen endlich Ruhe und Sicherheit finden müssen, um von ihren schrecklichen Erlebnissen und Erfahrungen Abstand zu gewinnen und nicht krank zu werden.

Unsere besondere Sorge gilt natürlich den Kranken und traumatisierten Menschen. Deshalb unterstützt die Organisation „Internationale Ärzte und Ärztinnen zur Verhinderung eines Atomkrieges (IPPNW)“ aus ihrer sozialen Verantwortung heraus die Opfer von Krieg und Gewalt.

Für Afghanen und Afghaninnen, die bei uns den erforderlichen Schutz gesucht haben, tragen wir besondere Verantwortung, sind wir doch als Kriegs- und Interventionspartei in deren Land mit Militär und SoldatInnen besonders involviert. Wir müssen allerdings feststellen, dass Afghanistan bis heute für die Zivilbevölkerung nicht sicherer geworden ist. Es herrscht in vielen Teilen des Landes immer noch Krieg. Selbst in den Teilen, die mit Hilfe von ausländischem Militär als kontrolliert erscheinen mögen, geschehen zunehmend Gewaltakte und Terroranschläge, die besonders die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft ziehen und allein im letzten Jahr über 3000 Tote unter der Zivilbevölkerung hervorgebracht haben.

Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland, insbesondere für Geflüchtete, die zu uns gekommen sind!!! Und deshalb darf auch unsere Regierung Schutzsuchende dorthin nicht mit Gewalt zurückbringen!!!! Das ist Unrecht.

Die Bundesregierung erklärt willkürlich einige Gebiete Afghanistans für RückkehrerInnen aus Deutschland zumutbar. Auch diese Gebiete sind geprägt von einem über 40 Jahre andauernden Krieg, die soziale und materielle Infrastruktur können selbst die minimalen Primärbedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigen.

Afghanistan gehört zu den ärmsten Ländern dieser Erde. Hinzu kommt, dass mehr und mehr Menschen innerhalb des Landes zu Flüchtlingen und Vertriebenen gemacht worden sind. Es sollen laut UNHCR 1,4 Milliarden mit steigender Zahl sein. Sie drängeln sich in diesen zu sicher erklärten Gebieten und die soziale Versorgungsinstitution, z.B. auch die Gesundheitsversorgung kommt nahezu zum Zusammenbruch.

Auch schicken die Nachbarländer Afghanistans, die bisher die überwiegende Last der Flüchtlingsaufnahme getragen haben (etwa 2,6 Millionen entwurzelte Menschen), zunehmend die geflüchteten Menschen nach Afghanistan zurück, weil sie selbst am Rande des gesellschaftlichen und institutionellen Kollaps stehen. Das von den reichen Industrienationen seit Jahren verfolgte Konzept, Flüchtlinge in den Konfliktgebieten benachbarten Ländern unterzubringen, muss wegen mangelnder internationaler Unterstützung als gescheitert angesehen werden.

In dieser Situation von einem „sicheren Afghanistan“ für RückkehrerInnen zu sprechen, ist eine Lüge. Zudem schürt es Vorbehalte gegenüber geflüchteten Menschen, die für sich nur noch eins haben: Hoffnung hegen zu können, Schutz und Ruhe vor Krieg, Gewalt und persönlicher Existenzbedrohung zu bekommen, um sich so nach all den traumatischen Erfahrungen eine neue Lebensperspektive anzueignen.

Ihnen die Integration, wie z.B. Sprachkurse wegen „mangelnder Bleibeperspektive“ zu versagen, bedeutet einen schweren Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot und ist eine Menschenrechtsverletzung.

Unsicherheit und Angst vor der Rückkehr in den Schrecken von Gewalt und Ungewissheit machen krank. Wer in diesen Tagen „ausreisepflichtige“ afghanische Schutzsuchende begleitet, erfährt diese existentielle Angst hautnah. Deshalb können wir diese Menschen nicht allein lassen. Wir müssen uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vor sie stellen und sie schützen.

Wenn staatliche Stellen ihre internationalen Schutzverpflichtungen nicht erfüllen, müssen wir von der Zivilgesellschaft es tun!!!

Wir als Ärzte und Ärztinnen, die wir uns der sozialen Verantwortung verpflichtet fühlen, sehen es als unsere Aufgabe, neues Unheil und neue Verletzungen, auch seelischer Art, von unseren Patienten abzuwenden.

Abschiebungen nach Afghanistan sind Gewalt. Für traumatisierte Menschen bedeuten sie eine lebensbedrohliche Gesundheitsgefährdung. Wir wissen: Nur absolute Sicherheit vor neuer Gewalt, ein ausreichendes sicheres Umfeld und ein persönliches Sicherheitsgefühl kann Menschen befähigen, sich von der schweren Last der schrecklichen Erinnerung zu befreien. Solche Voraussetzungen können sie möglicherweise hier finden, wenn wir uns öffnen und ihnen die erforderlichen Bedingungen gewähren.

Fast nie finden sie diese in einem kriegsgeschüttelten oder von den Narben des Krieges gezeichneten Land, aus dem sie geflohen sind. Zwangsweise Rückkehr, ob "freiwillig" erzwungen oder mit polizeilicher Gewalt durchgeführt - meist nachts -, tragen die große Gefahr in sich, dass alte traumatische Erinnerungen wieder neu aufbrechen und neue Traumata gesetzt werden. Dieses gilt es aus unserer Sicht unter allen Umständen zu verhindern.

Verletzt werden durch den Gewaltakt einer Abschiebung nicht nur die betroffenen Flüchtlinge, sondern alle diejenigen, die sich in dieser Zeit um die geflüchteten Schutzsuchenden gekümmert haben und eine persönliche Beziehung hergestellt haben.

Viele Freundschaften werden plötzlich zerstört, neue Verbindungen gewaltsam gekappt, zueinander gefundene Menschen für lange Zeit oder für immer plötzlich auseinander getrieben. Auch diese Menschen brauchen unseren Beistand und unsere Begleitung, sie brauchen unsere ermutigende ärztliche Stimme, dass sie ein Recht auf gewaltfreien Widerstand gegen Abschiebungen haben, um dem Unrecht einer zwangsweisen Rückkehr zu begegnen.

Abschiebungen von zu schützenden Personen zu verhindern, insbesondere wenn man sie gut kennt, ist eine gesunde und befreiende Reaktion und kann von uns Ärzten und Ärztinnen nur ermutigend unterstützt werden.

Politische Entscheidungsträger rufen wir auf, sich zu überlegen, inwieweit sie mit ihren krankmachenden Unrechtsmaßnahmen unseren sozialen und menschlichen gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig schädigen.

Vom Arbeitskreis Flüchtlinge der IPPNW ist eine Erklärung verfasst worden, die bisher über 3000 Personen unterschrieben haben. Sie kann bei www.change.org/nodeportation noch weiter unterschrieben und auch verbreitet werden. (Die Texte liegen an den Infotischen hier bei der Mahnwache aus, unterschreibt am besten hier vor Ort).

Dieser Text wurde verfasst von:
Ernst-Ludwig Iskenius, IPPNW-Mitglied im AK Flüchtlinge